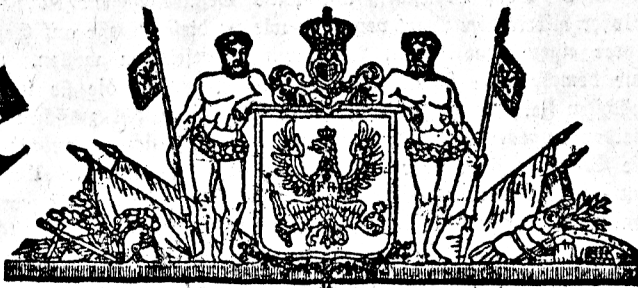


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 2.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Gallier in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Das Ende des Berliner Verkehrsstreiks.

Ein amtlicher Bericht.

Neben dem Ergebnis der gestrigen Einigungsversuche, über die wir im Beiblatt berichteten, wird in später Nachtstunde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Die beteiligten Organisationen der ausständigen Verkehrsangestellten waren wegen wichtiger Veranstaltungen (Verbands- tage, Kongresse) bisher verhindert, an den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern teilzunehmen.

Die Verhandlungskommission verpflichtet sich, den Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, wenn die Arbeitgeber ihrerseits sich bereit erklären, dem Personal nach Aufnahme des Betriebes einen Vorschuss von 300 Mark sofort zu zahlen.

Die Parteien sind darüber einig und verpflichtet durch diese Beschlüsse ihre Auftraggeber dahin, daß der zu fallende Schiedsspruch des Hauptauschusses für alle in den beteiligten Organisationen befindlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer endgültig und bindend ist.

Vor einer neuen Kabinettskrise?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“

Die vorläufige Ausschaltung der Grundrechte aus den Verfassungsberatungen der Nationalversammlung, die in der heutigen Sitzung (siehe 1. Beilage) beschlossen wurde, ist nur erfolgt, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dieser bedeutungsvollen Frage Stellung zu nehmen.

Die „Zentr. Parl. Corr.“ teilt mit: „Wang unerwartet hat sich die politische Lage in Weimar verschärft. Bei der Beratung über den zweiten Hauptabschnitt der Verfassung, der über die Grundrechte handelt, kam es zu einem Vorstoß gegen die Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung überhaupt.“

Der Grundrechte bis zur letzten Lesung anregte. Die Haltung der Demokraten ist zur Stunde zweifelhaft. Ihr Redner, der Abg. Koch-Kassel, hat keine klare Stellung eingenommen.

Die Wiffell-Krise.

Ein Minister-Austausch?

Wie wir erfahren, ist gestern abend eine endgültige Lösung der Wiffell-Krise noch nicht gefunden gewesen. Die mehrheitssozialistische Fraktion tagte in Weimar bis spät in den Abend hinein.

Nach einer Meldung aus Weimar glaubt man dagegen in dortigen Abgeordnetenkreisen, daß der jetzige Reichsernährungsminister Robert Schmidt, der ja schon bei dem Weimarer Parteitag gegen Wiffell Stellung genommen hat, das Reichswirtschaftsamt übernehmen wird, während Wiffell an die Spitze des Reichsernährungsamtes treten dürfte.

Das Ende der Blockade.

Drahtmeldung.

London, 11. Juli.

Das Reutersche Büro erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werden wird, in dem die Urkunden, die die Ratifikation des Friedensvertrages betreffen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind.

Völkerbund und Planwirtschaft.

Das W. L. S. versendet die folgende Mitteilung:

In einem Artikel der Wochenschrift „Das demokratische Deutschland“ entwickelt Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, ein bemerkenswertes Programm zukünftiger deutsch-amerikanischer Politik.

Wir dürfen uns aber über eines nicht täuschen. In den republikanischen Vereinigten Staaten denkt man sich unter Demokratie etwas anderes wie bei uns. Der Sozialismus ist dort sehr unbeliebt, und unsere „planmäßige Gemeinwirtschaft“ stößt jeden Amerikaner ab.

Das politische Rezept des Grafen Bernstorff, das wohl nicht ohne Rücksicht auf den bevorstehenden demokratischen Parteitag veröffentlicht wird, bedarf der kritischen Betrachtung.

Keinen verbesserten Rat kann man dem deutschen Volke geben, als daß es seine inneren Verhältnisse ohne Rücksicht auf die sozialen Gründe nach fremden Einflüssen regelt und fremder Sorge sein künftiges Gedeihen anheimgibt.

Der Völkerbund, in dem Deutschland sein Heil finden kann, muß eine Organisation der schaffenden Arbeit darstellen, und das kann er nur sein, wenn zunächst seine Mitglieder ihre Produktion organisiert haben.